

AStA der RWTH Aachen

Pontwall 3

52064 Aachen

Dringlichkeitsantrag: Keine Forschung für Waffen! Keine Forschung an militärischen Gütern an der RWTH Aachen!

Das Studierendenparlament möge folgendes beschließen:

„Das Studierendenparlament verurteilt den Vorstoß des Rektors der RWTH Aachen aufs Schärfste, sich während der diesjährigen ILA an einer Absichtserklärung zur Konzeption des Production Launch Centre Defence (PLCD) zu beteiligen, die gemeinsam mit der grünen Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur als Vertreterin der Landesregierung Nordrhein-Westfalens unterzeichnet wurde und an der sich Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin, Rheinmetall und Leonardo beteiligen wollen.

Universitäten und Hochschulen sind Orte des kritischen und progressiven Denkens. Das dort erzeugte Wissen sowie dessen Umsetzung in Technologien sollten dem Interesse der Völkerverständigung, des Friedens und dem Gemeinwohl dienen und nicht zur Herstellung von Waffen, die einzig und allein darauf abzielen Menschen zu töten.

Darüber hinaus kritisiert die Studierendenschaft das Verhalten des Rektors aufs Schärfste. Dieser hat weder den Senat noch die Vertreter:innen der Studierendenschaft in angemessener Weise und mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf über die geplante Absichtserklärung für das Production Launch Centre Defence informiert.

Der AStA wird aufgefordert, die Studierendenschaft innerhalb eines Monats mit größtmöglicher Reichweite und Wirksamkeit über das rücksichtslose und undemokratische Verhalten des Rektors in dieser Angelegenheit zu informieren. Darüber hinaus wird der AStA aufgefordert, politischen Protest zu organisieren oder zu unterstützen, insbesondere in Form von Demonstrationen oder vergleichbaren Maßnahmen. “

Begründung:

Der Schritt des Rektors der RWTH ist **Teil einer autoritären Wende, die sich in der Bundesrepublik Deutschland momentan vollzieht**. Neben der zunehmenden **Faschisierung** erleben wir in der Gesellschaft eine erhebliche **Militarisierung in einem erheblichen Ausmaß**. Junge Menschen sollen **für die Interessen der herrschenden Klasse gegen ihren Willen in die Bundeswehr eingezogen werden und kämpfen**. Gleichzeitig werden die **Lebensbedingungen für Studierende immer schlimmer**. Die **Bafög-Reform** steht auf der Kippe, die **Mensa Preise** steigen und an den **Hochschulen** wird massiv gekürzt. All diese Kürzungen sind Teil einer gut überlegten **Austeritätspolitik** der Bundesregierung. Während Hunderte Milliarden von **Euros** den **CEO's der Rüstungskonzernen** hinterher geschmissen wird, spuckt **Friedrich Merz** auf die **Arbeiterklasse**, lässt **Schüler:innen** für **kritische Parolen** und ihren **Protest** gegen die geplante **Wehrpflicht** durch den **Staatsapparat** verfolgen und spart die **Finanzierung von sozialer Infrastruktur** kaputt. Als **Studierende** möchten wir eine lebenswerte Zukunft haben, in der wir nach unserem Studium uns für eine **friedliche und progressive Welt** einsetzen, bei der das **Wohl aller Menschen** und die der **Umwelt** vorrangig sind. Wir möchten nicht gezwungen werden für das **Brot in Industrien** zu arbeiten, die sich dem **militärischen** verschreiben oder an **Universitäten und Hochschulen** lernen, die das dasselbe tun. Denn zukünftig wird dieser **Bereich** stärker ausgebaut und treibt Studierende in die **Abhängigkeit** solcher **Forschung**. Als **Studierende**, die Teil der **Arbeiterklasse** sind, haben wir mehr mit den **Studierenden und Arbeiter:innen in Russland**, die genauso gegen ihren Willen in die **Armee** gezwungen werden, als den **Herrschenden wie einem Merz oder Putin** gemein. Wir sollten uns weiterhin für einen **Dialog** zwischen der **Zivilgesellschaft** der jeweiligen **verfeindeten Staaten** (und nicht der **Bevölkerungen!**) einsetzen. Wie einst der **Sozialist Karl Liebknecht**, der als **Einziger** die **Bewilligung der Kriegskredite** zur **Vorbereitung des Ersten Weltkriegs** verweigerte, sagte:

„Wie ein Zyklon dreht sich der Imperialismus um den Globus; der Militarismus zermalmt die Völker und saugt ihr Blut wie ein Vampir.“

Nach unserer Botschaft an alle Studierende, die sich nach **Frieden und Freiheit** sehnen, möchten wir konkret uns auf die **Partner des PLCD** beziehen. Dabei stechen uns insbesondere **Rüstungsunternehmen** wie **Lockheed Martin** und **Rheinmetall** ins Auge, deren **Waffen** mutmaßlich an **völkerrechtswidrigen Handlungen** und **Kriegsverbrechen** von **Staaten** beteiligt sind **und somit gegen jede Auslegung einer Zivilklausel oder einer sog. Friedensklausel von Universitäten und Hochschulen verstoßen**.

Beginnend mit Rheinmetall:

Die Geschichte von Rheinmetall führt uns bis in die Zeit des Nationalsozialismus und länger zurück:

„Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, war das Unternehmen gut vorbereitet. **»Gemeinsam mit vielen Deutschen begrüßte die Rheinmetall-Führung den Aufstieg Hitlers, die Machtübernahme der Nationalsozialisten,** und mit Eifer begaben sich Rheinmetall-Konstrukteure an die ›nationale Arbeit‹ der Kriegsrüstung«, heißt es bei Leitzbach.“ (<https://www.spiegel.de/geschichte/rheinmetall-vom-schmuddelkind-zum-champion-der-deutschen-ruestungsindustrie-a-3f92f55b-afe8-4b46-a246-5de87fb24f8b>)

„Hitler nutzte das Unternehmen bald als zentrales Instrument der Aufrüstung. Drei Monate nach seiner Machtübernahme kam es zum Zusammenschluss mit dem Lokomotivenbauer Borsig, auch räumlich rückte die neue Rheinmetall-Borsig AG näher an die politische Machtzentrale, der Firmensitz wurde nach Berlin verlegt. **Der Konzern richtete sein Geschäftsmodell bereitwillig auf Hitlers Kriegswirtschaft aus und wurde zu einem ihrer größten Profiteure: Der Umsatz erhöhte sich von 68 Millionen Reichsmark vor Kriegsbeginn auf 169 Millionen Reichsmark im Jahr 1943.**“ (<https://www.spiegel.de/geschichte/rheinmetall-vom-schmuddelkind-zum-champion-der-deutschen-ruestungsindustrie-a-3f92f55b-afe8-4b46-a246-5de87fb24f8b>)

„Führende Rheinmetall-Manager wie Hellmuth Roehnert waren Mitglieder der NSDAP. Roehnert gehörte zudem dem »Freundeskreis Reichsführer SS« an, einer Gruppe **deutscher Industrieller und Banker, die eng mit SS-Chef Heinrich Himmler kooperierten,** dem Organisator des Holocaust. **Ende 1944 beschäftigte Rheinmetall in Werken wie Unterlüß, Tegel, Breslau und Guben mindestens 35.000 Zwangsarbeiter, darunter viele jüdische Häftlinge aus Konzentrationslagern. In Unterlüß wurden weibliche KZ-Häftlinge aus Bergen-Belsen interniert.**“ (<https://www.spiegel.de/geschichte/rheinmetall-vom-schmuddelkind-zum-champion-der-deutschen-ruestungsindustrie-a-3f92f55b-afe8-4b46-a246-5de87fb24f8b>)

Und es geht weiter über:

„Bereits seit den Sechzigerjahren hatte der Konzern an die Diktaturen in Portugal und Spanien sowie andere autoritäre Länder Lateinamerikas geliefert, sogar an den isolierten Apartheidstaat Südafrika. Teilweise nutzten die Vertriebsleute dafür Briefkastenfirmen in anderen Ländern. Rheinmetalls Image litt unter den dubiosen Geschäften. »Wir pfeifen auf Gesetze, Embargos und Moral – Krieg, Tod und Krüppel sind unser Kapital!« stand 1986 auf Plakaten von Demonstrierenden, als ein Gericht die Waffenlieferungen nach Südafrika untersuchte. Die Richter verhängten mehrere Haftstrafen gegen Rheinmetall-Manager, allerdings auf Bewährung.“

(<https://www.spiegel.de/geschichte/rheinmetall-vom-schmuddelkind-zum-champion-der-deutschen-ruestungsindustrie-a-3f92f55b-afe8-4b46-a246-5de87fb24f8b>)

Auch kürzlich wurden beispielsweise Panzer von Rheinmetall bei Offensiven eingesetzt, die von Völkerrechtler:innen als völkerrechtswidrig eingestuft werden:

So beispielsweise während der sog. türkischen Militäroperation „Olivenzweig“ 2018 in Afrin:

„Im Schutze deutscher "Leopard"-Panzer vertreiben türkische Soldaten Hunderttausende Zivilisten aus Afrin, ziehen islamistische Milizionäre plündernd durch die Stadt. Die deutsche Außenpolitik hat versagt.“

(<https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erobert-afrin-mit-deutschen-panzern-gegen-kurden-a-1198807.html>)

Eine Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zu dieser von diversen Völkerrechtler:innen als völkerrechtswidrig eingestuften Offensive:

„Konkretere Zweifel an der Verhältnismäßigkeit des militärischen Vorgehens der Türkei ergeben sich jedoch im Hinblick auf Umfang, Ziele und Dauer des militärischen Vorgehens der Türkei in Nordsyrien. Insbesondere das militärische Verfolgen der erklärten geostrategischen Ziele der Türkei – nämlich das kurdische Einflussgebiet südlich der türkischen Grenze einzudämmen, die Entstehung eines kurdischen de facto-Regimes zu verhindern und den eigenen Einflussbereich auszuweiten – gehen über ein strikt am Gedanken der Selbstverteidigung ausgerichtetes militärisches Handeln hinaus, da sie zu einer dauerhaften Veränderung von Strukturen und Einflusszonen auf fremdem Staatsterritorium führen können. Darauf deutet das taktische Vorgehen der türkischen Streitkräfte im Hinblick auf die beabsichtigte (bzw. bevorstehende) Einnahme bzw. Belagerung der nordsyrischen Stadt Afrin hin. **Angesichts der bestehenden Zweifel am Vorliegen einer Selbstverteidigungslage nach Art. 51 VN-Charta sowie**

am verhältnismäßigen Vorgehen der türkischen Streitkräfte in Nordsyrien steht die Berufung der Türkei auf das Selbstverteidigungsrecht auf ausgesprochen

„tönernden“ Füßen. Den NATO-Bündnispartnern würde es nun obliegen, das NATO-Mitglied Türkei z.B. im Rahmen von NATO-Konsultationen nach Art. 4 NATO-Vertrag aufzufordern, triftige Beweise für das Vorliegen einer Selbstverteidigungslage nach Art. 51 VN-Charta beizubringen und von einer Weiterverfolgung der militärstrategischen Ziele in Nordsyrien Abstand zu nehmen. In diesem Zusammenhang könnte die Türkei an ihre Verpflichtung aus Art. 1 NATO-Vertrag erinnert werden, sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.“

(<https://www.bundestag.de/resource/blob/546854/07106ad6d7fc869307c6c7495eda3923/wd-2-023-18-pdf-data.pdf>)

Eine weitere Einschätzung dazu von Anne Peters (Direktorin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg und stellvertretende Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Internationales Recht mit Sitz in Wien):

„Kann man also gar nicht klar sagen, dass die türkische Militäroffensive ein Bruch des Völkerrechts ist? Die Regierung in Damaskus wirft ihr ja vor, die Souveränität syrischen Territoriums zu verletzen, während sie sich auf ihr Selbstverteidigungsrecht beruft.

Eigentlich kann man das relativ klar sagen. Selbst wenn das Selbstverteidigungsrecht prinzipiell gegen nichtstaatliche Akteure zur Verfügung steht, müsste ein Angriff auf das Territorium der Türkei aktuell vorliegen oder unmittelbar bevorstehen und die Reaktion darauf müsste auch verhältnismäßig sein, also notwendig und angemessen. Die Türkei müsste auch als verfahrensmäßiger Schritt den UN-Sicherheitsrat informieren. Ich sehe aktuell keinen bewaffneten Angriff. Die bloße Tatsache, dass diese Gruppen in dem Gebiet autonom sind, **liefert dafür keine Anhaltspunkte.** Das ist auch der Unterschied zur ersten Bodenoffensive unter türkischer Beteiligung in Syrien 2016: Diese richtete sich vor allem gegen den IS, und im Vorfeld gab es tatsächlich eine Reihe von schweren Anschlägen, die die Organisation in türkischen Städten verübt hatte.“

(<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/syrien-verstoess-tuerkei-gegen-das-voelkerrecht-15412253.html>)

Waffen von Rheinmetall Ableger aus Italien an mutmaßlich Saudi-Arabischen Kriegsverbrechern im Yemen beteiligt:

“European responsibility for war crimes in Yemen

Are RWM Italia and Italian arms export authority complicit in deadly Saudi-coalition airstrike?

On 8 October 2016, an airstrike allegedly by the Saudi-led military coalition struck the village of Deir Al-Hajārī in northwest Yemen. The attack killed a family of six, including the pregnant mother and four children.

At the site of the airstrike **bomb remnants were found, and a suspension lug manufactured by RWM Italia SpA, a subsidiary of the German arms manufacturer Rheinmetall AG.** In April 2018, ECCHR and its partners from Italy and Yemen called for an investigation into the criminal liability of the Italian authorities and RWM’s directors for arms exports. The preliminary investigations judge confirmed in February 2021 that the Rome Public Prosecutor’s Office must continue the case. However, those responsible applied again to dismiss the case – and ECCHR filed an appeal against that step in March 2022.”

(<https://www.ecchr.eu/en/case/european-responsibility-for-war-crimes-in-yemen/>)

Auch sehen wir als SDS beim Genozid in Gaza offensichtlich Verknüpfungen mit Rheinmetall:

„Die Bundesregierung will Israel mit der Lieferung von Panzermunition beim Kampf gegen die Terrororganisation Hamas unterstützen. **Nach SPIEGEL-Informationen haben sich die beteiligten Ressorts hinter den Kulissen bereits grundsätzlich darauf geeinigt, eine entsprechende Bitte der israelischen Regierung zu erfüllen.**

Das Ersuchen, Nachschub für die israelischen Panzer zu liefern, war bereits im November eingegangen. Seitdem beraten Kanzleramt, Wehrressort, Außenamt und das Wirtschaftsministerium unter strenger Geheimhaltung über die Anfrage.

Israel hatte nach SPIEGEL-Informationen im November darum gebeten, dass Deutschland die Lieferung von rund 10.000 Schuss 120-Millimeter Präzisionsmunition genehmigt, die von Rheinmetall hergestellt werden.“

(<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gaza-krieg-bundesregierung-prueft-lieferung-von-panzermunition-an-israel-a-0f0ce68d-7752-4b8e-81eb-9bd3a5692eeb>)

„Gleichwohl würde eine Genehmigung für die Lieferung von Panzermunition eine neue Qualität markieren. Bisher hatte Berlin vor allem Anträge für sogenanntes Rüstungsmaterial positiv beschieden, darunter fallen gepanzerte Fahrzeuge oder Schutzausrüstung für die Soldaten. Solche Lieferungen machten im Jahr 2023 den größten Anteil unter den genehmigten Lieferungen für Israel aus.

Für Kriegswaffen wie die Panzermunition indes wurden nur Anträge für einen zweistelligen Millionenbetrag genehmigt, hieß es. “

(<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gaza-krieg-bundesregierung-prueft-lieferung-von-panzermunition-an-israel-a-0f0ce68d-7752-4b8e-81eb-9bd3a5692eeb>)

„Rheinmetall AG is Germany’s largest arms manufacturing company, based in Düsseldorf, Germany. It is separated into several specialised divisions: Vehicle Systems, Arms and Ammunition, Electronic Solutions, Sensors and Actuators, and Materials and Trade. **Military products of Rheinmetall that have been associated with equipment used by the Israeli army include 120 mm tank shells. Rheinmetall is also one of the world’s largest manufacturers of 155mm artillery shells, exports for which (or components of which) have in recent years been approved for export to Israel by the German government. In 2022, Rheinmetall and Elbit Systems Ltd. signed a cooperation agreement to jointly develop and manufacture an automated 155mm wheeled self-propelled howitzer system. In spring 2023, they conducted a live fire demonstration of the howitzer. Additionally, Rheinmetall has partnered with Israeli company UVision Air Ltd. to produce loitering munition destined for the European market. Lastly, Rheinmetall has formed a cooperation with Rafael Advanced Defense Systems Ltd. and the German company Diehl Defence GmbH to produce spike missiles for the European market, under the joint venture of EuroSpike GmbH. In 2024, Rheinmetall announced that it is establishing a new factory in Unterlüß specifically focusing on the production of artillery ammunition, explosives, and rocket artillery components. SIPRI lists Rheinmetall AG as being the world’s 28th largest arms-producing company worldwide in 2022 (data last updated in December 2023). “**

(<https://content.forensic-architecture.org/wp-content/uploads/2023/04/Forensis-Report-German-Arms-Exports-to-Israel-2003-2023.pdf>)

“British company BAE Systems, in conjunction with German company Rheinmetall, manufactures M109 self-propelled howitzers which have been used to shell densely populated areas in Gaza. Amnesty International has found evidence that these artillery weapons also deployed white phosphorus munitions, which can burn skin down to the bone and cause organ dysfunction; their use in civilian areas is restricted under international law. “(<https://www.aljazeera.com/opinions/2024/7/6/the-eus-support-for-israel-makes-it-complicit-in-genocide>)

Zu Lockheed Martin:

die jüngsten Entwicklungen zum mutmaßlich völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Iran:

Professor Marko Milanović (Professor für Völkerrecht an der juristischen Fakultät der Universität Reading und Inhaber des Raoul-Wallenberg-Gastlehrstuhls für Menschenrechte und humanitäres Recht an der Universität Lund):

„Nach wochenlangen Drohungen haben die Vereinigten Staaten und Israel den Iran angegriffen. Noch ist offen, ob die Militärschläge den Auftakt zu einem längeren Konflikt markieren. **Schon jetzt ist aber klar: Die Angriffe der USA und Israels sind offenkundig rechtswidrig. Sie verletzen das Gewaltverbot aus Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta in einer Weise, wie sie kaum eindeutiger sein könnte.**“

(<https://verfassungsblog.de/warum-der-erneute-angriff-der-usa-und-israels-auf-den-iran-offenkundig-volkerrechtswidrig-ist/>)

„**Die Lage ist damit klar. Es lässt sich nicht ernsthaft vertreten, dass diese Angriffe nach der UN-Charta rechtmäßig sind.** Ebenso wenig überzeugt die These, es handele sich um die Fortsetzung eines bereits bestehenden bewaffneten Konflikts – aus den bereits dargelegten Gründen. Ganz vielleicht wird sich daraus etwas Gutes ergeben – um Irans Diktator und sein mörderisches Regime werde ich gewiss nicht trauern –, doch viel spricht nicht dafür. Weitaus wahrscheinlicher ist, dass viele Unschuldige sterben werden – im Iran und womöglich auch in Israel – und dass ihr Tod vergeblich sein wird. Für die rechtliche Bewertung im Rahmen des *ius ad bellum* ist das allerdings unerheblich. **Die Verletzung der UN-Charta liegt hier so offen zutage, wie es deutlicher kaum sein könnte.**“ (<https://verfassungsblog.de/warum-der-erneute-angriff-der-usa-und-israels-auf-den-iran-offenkundig-volkerrechtswidrig-ist/>)

Die Beteiligung von F-35 Kampjets (Hersteller Lockheed Martin) an dem mutmaßlich völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gegen den Iran:

“A US F-35 fighter jet made an emergency landing at US air base in the Middle East after it was struck by what is believed to be Iranian fire, according to two sources familiar with the matter.

Capt. Tim Hawkins, a spokesperson for US Central Command, said the fifth-generation stealth jet was “flying a combat mission over Iran” when it was forced to make an emergency landing. Hawkins said the aircraft landed safely and the incident is under investigation.” (<https://edition.cnn.com/2026/03/19/politics/f-35-damage-iran-war>)

Beteiligung von Lockheed an mutmaßlichen Kriegsverbrechen in Gaza:

“This statement came on the same day that Danish news outlet Information, together with NGO Danwatch, revealed that, for the first time, it has been possible to definitively confirm the use by Israel of an F-35 stealth fighter to carry out a specific attack in Gaza.

The attack took place on 13 July, on an Israeli-designated ‘safe zone’ in Al-Mawasi in southern Gaza, killing 90 people and injuring at least 300. The Israeli military claims that the target of the attack was Mohammed Deif, head of Hamas’s military wing. The attack **involved three GBU-31 2000lb bombs, which have a ‘lethal radius’ of 360m, and are thus certain to kill large numbers of civilians when used in highly-populated areas.** The circumstances of this attack, the extremely high civilian death count in a densely populated safe zone, have been assessed as almost certainly violating the International Humanitarian Law (IHL) principle of proportionality, and may well be a war crime.

The use of F-35s by Israel in the attack on Gaza has been confirmed since the beginning of the war, including their use to deliver 2000lb bombs. However, it has rarely if ever been possible to establish which type of aircraft was used to attack which targets. **In this case, Danwatch uncovered an article describing Israeli Defence Minister Yoav Gallant personally going to an F-35 base to thank the pilots involved, and the Israeli military has since confirmed in response to a request by Information and Danwatch that an F-35 carried out the attack.”**

(<https://caat.org.uk/news/investigation-reveals-israel-used-partly-uk-made-f-35-in-attack-on-gaza-humanitarian-zone-in-july-killing-90/>)

(https://www.information.dk/indland/2024/09/danskudstyrede-kampfly-deltog-angreb-gaza-store-civile-tab?check_logged_in=1&kupon=eyJpYXQiOiE3MjUyNTUwMjEsInN1Yil6ljQ3Mjg3Njo4MjM1NzYifQ.7k2QM_MAdcaUS-pePhgxtQ)

“The briefing also names 15 **companies that Amnesty International has identified as contributing to Israel’s unlawful occupation, genocide or other crimes under international law.** They include US multinationals **Boeing** and **Lockheed Martin**, the Israeli arms companies **Elbit Systems**, **Rafael Advanced Defense Systems** and **Israel Aerospace Industries (IAI)**, the Chinese company **Hikvision**, the Spanish manufacturer **Construcciones y Auxiliar de Ferrocarriles (CAF)**, the South Korean conglomerate **HD Hyundai**, the US software company **Palantir Technologies**, the Israeli technology firm **Corsight**, and the Israeli state-owned water company **Mekorot.**”

(<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/09/global-political-economy-enabling-israels-genocide-occupation-apartheid/>)

Es gibt weitere unzählige Berichte, dass Waffen und militärische Güter aus der Produktion der o.g. Unternehmen im Beschlusstext bei völkerrechtswidrigen Handlungen und Kriegsverbrechen verwendet wurden. Als Studierende sollten wir die Kooperation zwischen der RWTH Aachen mit diesen Unternehmen kategorisch ablehnen. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer: innen dieses Antrages:

Mridula Srikant, Baran Yenen (Linke Aachen), Dominik Julian Mazgaj (SDS Aachen) und weitere Genoss: innen

Antragsteller: innen:

Aras Osso (SDS Aachen), Bastian Leitz (SDS Aachen), Florian Hüsken (SDS Aachen),